

12./XII. 1915

163

Leben der k. u. k. Städte Oesterreichs

überhaupt unmöglich gemacht, Auslandsgetreide irgendwie in unsere Gemeinden zu bringen, weil die ganze Frage an der Beistellung der Transportmittel scheitert. Es müßten sowohl der Wiener Gemeinderat und die anderen Gemeindevertretungen nach dem Auslande wandern und das Getreide sackweise heraufbringen, nachdem die Zentral-Transportleitungen nur mehr den von der Regierung autorisierten Organen Verkehrsmittel zum Abtransport von Mehl- und Mahlprodukten zur Verfügung stellen. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nimmt, wenn man sie ersucht, sie möge die Bewilligung geben, daß Waggon zur Verfügung gestellt werden, einen direkt ablehnenden Standpunkt ein. Dazu kommt noch, was Seine Excellenz gesagt hat: In dem Moment, wo ausländisches Getreide hereinkommt, wird es beschlagnahmt. Am nächsten Mittwoch soll eine Besprechung seitens der Vertreter der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, des Ministeriums des Äußern und der Heeresverwaltung stattfinden, auf Grund welcher endlich beschlossen werden soll, was mit dem von den Gemeinden und Privaten gekauften ausländischen Getreide geschehen soll. Da wird dann auch ausgesprochen werden, ob es von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt übernommen werden wird oder nicht. Jedenfalls befinden wir uns in Gemeinden, die wir uns in derartige Aktionen eingelassen haben, in einer außerordentlich unangenehmen Lage, denn übernimmt das Getreide die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, so ist alle Mühe umsonst gewesen und wir müssen froh sein, wenn wir unser Geld zurückhalten. (Vorsitzender: Und ob wir das ganze Geld zurückbekommen?) Übernimmt es die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nicht, und geht sie von dem Standpunkte nicht ab, daß Transportmittel nicht zu bewilligen sind, so bleibt das von uns gekaufte Getreide im Auslande liegen, die Zinsen laufen weiter und die Spesen laufen weiter und wir wissen erst nicht, ob wir es überhaupt herausbekommen. Das sind Zustände, die dazu führen werden, daß es sich jede Gemeinde überlegen wird, zu trachten, die Ernährung der Bevölkerung zu erleichtern.

Das wollte ich im allgemeinen bezüglich des Getreides sagen und wollte nur beifügen, daß es mir nicht ganz klar ist, wie unter diesen Verhältnissen aus dem Auslande Getreide oder Mehl herauszubekommen sei, denn gerade so wie für Oesterreich, gilt diese Vereinbarung auch für Ungarn. Auch dort werden nur der von der Regierung autorisierten Gesellschaft Waggon zur Verfügung gestellt.

Es ist sogar bekannt, daß Böhmen, welches Land in normalen Jahren aktiv ist, in diesem Jahr passiv ist. (Zwischenruf: Oh nein, wir haben schon alle Jahre fremdes Getreide bezogen!) Ich kann nur erzählen, was mir der Direktor der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in dieser Richtung mitgeteilt hat, und daß in diesem Jahre ein Zuschub von ungarischem Mehl nach Böhmen erfolgen muß. Wir wissen, daß eine nicht gute Ernte erfolgt ist; wir wissen daß die Gersteernte sehr minimal, die Kornerte unter mittel ausgefallen ist, und daß die Zahlen, welche durch die Presse veröffentlicht worden sind, gar nicht richtig sind, sondern daß wir weit schlechter stehen, als angenommen wurde. Ich glaube daher, daß wir in der Brot- und Mehlfrage nichts unversucht lassen sollen, und daß wir uns auf den Standpunkt stellen müssen, daß genau so wie Oesterreicher und Ungarn draußen im Felde gemeinsam stehen, auch ein gemeinschaftliches Wirtschaftsgebiet bestehen muß, indem es den Ungarn genau so schlecht wie

den Oesterreichern oder den Oesterreichern genau so gut wie den Ungarn ergeht.

Freilich sind auch unsere parlamentarischen und nationalen Verhältnisse mit daran schuld, daß wir gerade auch in diesen Dingen gegenüber den Ungarn ganz bedeutend in den Hintergrund gedrängt worden sind. Im allgemeinen ist es wohl ganz zweifellos richtig, daß es nicht zu dem eigentlichen Wirkungsbereich der Gemeinden gehört, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Die Erziehung der Bevölkerung in Oesterreich ist aber leider eine so kurzfristige, daß der Gedankenkreis der Bevölkerung nur immer bis zum Rathaus reicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Erfahrung wird man in jeder Gemeinde machen; wenn irgend etwas schief geht und stehe es auch in einem ganz entfernten Zusammenhange mit den Obliegenheiten der Gemeinde, dann ist immer die Gemeinde schuld und vor allem der Bürgermeister ist es, der immer die Verantwortung zu tragen hat. Und dieser Gedankengang, mit dem wir rechnen müssen, drängt die Bevölkerung zur Gemeindeverwaltung und will von dieser versorgt werden. Ich sehe die Schwierigkeit, welche die Ernährung einer Stadt wie Linz bietet, in einem agrarischen Lande und kann mir insolgedessen leicht die Schwierigkeiten vorstellen, die Wien mit einer dreißigfach größeren Bevölkerungszahl haben muß, wo diese Stadt infolge der Kriegsverhältnisse und der politischen Verhältnisse von ihren sonstigen Zufuhrgebieten, von Galizien und auch von Ungarn ganz oder teilweise abgeschnitten ist. Ich glaube, wir können uns nicht in Details verlieren, aber wir müssen die Wahrnehmung machen, daß unsere politische Verwaltung, unsere Staatsverwaltung sehr gerne die Gelegenheit benützt, um auf die Gemeinden hinzuweisen. Die Gemeinde ist überall das Aschenbrödel und der Sündenbock und soll es auch hier sein, und wenn irgendwo die Approvisionierung nicht stimmt, wird immer der Versuch gemacht, der Gemeinde die Schuld zu geben.

Wir können ja leicht den Beweis erbringen und müssen immer darauf hinweisen, daß die Stadtverwaltungen und größere Gemeindeverwaltungen in diesem Kriege, bei diesen schwierigen Verhältnissen immer ihre Pflicht, auch in bezug auf die Ernährung der Bevölkerung erfüllt haben; man muß daher solchen Bestrebungen, die noch dazu sehr gerne von einem gewissen Teile der Wiener Presse lanciert werden, mit allem Nachdrucke entgegenzutreten; denn 1. sind diese Nachrichten falsch und 2. würde es für unsere Autonomie und Freiheit eine gewisse Gefahr bedeuten, wenn man die Unhaltbarkeit dieser Behauptungen nicht nachweisen würde. In diesem Sinne müssen wir fest zusammenhalten und von Kleinlichkeiten absehen.

Unser Wirkungskreis ist ein sehr enger, um so mehr als es eine Reihe von Bezirkshauptmannschaften auf dem Lande gibt, die sich wie kleine Republiken abschließen und gegen welche der Bürgermeister einer Stadt nichts tun kann, als fortwährend zu protestieren, um nur einige Waggon Kartoffel und Fleisch zu bekommen. (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Redner, Bürgermeister Dr. Bornemann (Auffig), hebt hervor, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zu spät geschaffen wurde. Wenn man hier in Wien gewesen ist und immer entsprechend gehöhrt hat, hat man ja etwas bekommen; man hat aber auch Zweigstellen geschaffen, und ich kann nur sagen, daß diese Zweigstellen gar nicht mehr arbeiten. Die Sache ist in Nordböhmen so, daß wir oft zwei, drei Tage lang der Bevölkerung kein Brot